

grün journal

INHALT

Finanzausgleich

Bei der nächsten Reform ist eine Altschuldenregelung nötig. **S. 2**

Abschiebeknast

Die Abschiebungshaft soll völlig abgeschafft werden. **S. 3**

FußgängerInnen

Die Grünen wollen Verbesserungen für FußgängerInnen. **S. 4**

Moratorium für Fracking nötig

Die Grünen fordern ein Moratorium und eine gesicherte Risiko-Abschätzung für Fracking. Eine entsprechende Initiative hat die Fraktion auf den Weg gebracht. Fracking ist eine Technologie zur Erdgasförderung. Dabei werden gashaltige Gesteinsschichten aufgesprengt, indem ein Gemisch aus giftigen Chemikalien, Wasser und Sand unter hohem Druck in den Untergrund gepresst wird. Dabei können krebserregendes Benzol und andere Gifte ins Grundwasser gelangen. Die Grünen kritisieren daher ein Fracking-Projekt von RWE Dea im Wasserschutzgebiet Panzenberg bei Verden, aus dem Bremen gut ein Viertel seines Trinkwassers bezieht. „Solange es keine sicheren Erkenntnisse über Umweltauswirkungen und Trinkwassergefährdungen gibt, dürfen solche Projekte nicht genehmigt werden“, betont die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.



Der Lärmschutz wird verbessert.

Bremen - leise Stadt

Ratternde und quietschende Züge, röhrende Flugzeuge, rumpelnde Straßenbahnen, brummende Lastwagen – dauerhafter Lärm belastet viele BremerInnen. Die Grünen wollen den Lärmpegel senken und so die Lebensqualität in der Stadt erhöhen. In einem Positionspapier hat die Fraktion dafür etliche Vorschläge erarbeitet. Um an der Oldenburger Kurve, aber auch anderen neuralgischen Punkten im Stadtgebiet für möglichst effektiven Schutz der AnwohnerInnen zu sorgen, stockt Bremen das Lärmaktionsprogramm deutlich auf.

„Lärm ist ein Umweltgift, das potenziell krank macht“, betont die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther. Bluthochdruck, Tinnitus oder Depressionen können die Folge sein, belegen Studien.

Um gegen den Bahnlärm vorzugehen, fordern die Grünen u.a. den lückenlosen Bau von Lärmschutzwänden an den Bahnstrecken, die ‚Entdröhnung‘ des Hauptbahnhofes, ein nächtliches Tempolimit für Züge und bei Güterwagen die Ausrüstung mit geräuscharmer Bremstechnik. Um die Straßenbahnen leiser zu machen, sollen die Gleise verstärkt in Rasenbetten verlegt werden. Die Grünen wollen, dass in allen Wohngebieten künftig Tempo 30 gilt. Tempolimits sollen auch an wohnortnahen

Autobahnabschnitten umgesetzt werden, falls dort keine Lärmschutzwände vorhanden sind. Der Fuß- und Radverkehr sollen gefördert und das Car-Sharing-Netz deutlich ausgebaut werden. „Wir müssen im Sinne der vielen Lärmgeplagten und angesichts der prognostizierten Verkehrszunahme überall in der Stadt für Lärmreduzierung sorgen. Bremen – leise Stadt: Es wäre auch volkswirtschaftlich vorteilhaft, so die Lebensqualität zu verbessern und die Gesundheit zu fördern“, so der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Die Grünen fordern auch die achtstündige Nachtruhe auf dem Flughafen. „Die innerstädtische Lage des Airports zwingt zu strengen Auflagen bei den Flugzeiten. Landungen nach 22 Uhr sollen nur in Notfällen genehmigt werden“, unterstreicht die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer. Die Grünen setzen sich zudem für eine schallmindernde Architektur sowie mehr Ruhepole in der Stadt ein. „In einer leisen Stadt steigt die Verweildauer auf öffentlichen Plätzen. Das kommt dem Handel und Image der Stadt zugute“, so der stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner.

• Das Positionspapier steht im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de bereit.

Altschulden regeln

Bremen setzt sich für eine Reform des Länderfinanzausgleiches ein. Die Gründe erläutert Hermann Kuhn im Interview.

Die Grünen fordern eine Reform des Länderfinanzausgleiches, die auch die Wahrnehmung allgemeiner Aufgaben etwa in der Hochschulbildung oder der Häfen angemessen berücksichtigt. Eckpfeiler einer jeden Neugestaltung muss die solidarische Regelung zur Tilgung der Altschulden sein.

Die Geberländer Bayern und Hessen drohen seit Jahren mit einer Klage gegen den angeblich ungerechten Länderfinanzausgleich. Nachvollziehbar?

Hermann Kuhn: Man kann seinen Wecker danach stellen: Wenn in Bayern Vorwahlzeit ist, kommen Drohgebärden gegen den Länderfinanzausgleich. Die grün-rote Landesregierung in Stuttgart hat immerhin als erstes Gespräche und nicht Klagen gefordert; aber wir dürfen uns nicht täuschen: auch dort wird der heutige Finanzausgleich kritisiert. In der Sache ist es so: Erstens gilt der Länderfinanzausgleich bis 2019. Und vor allem: die Aufteilung und Verteilung der Steueraufkommen beginnt ja an der Quelle. Bremen ist das Land mit der zweitgrößten Wirtschaftskraft, aber durch die heutige Steuerzerlegung kommt davon zunächst viel weniger als Steuereinnahmen in Bremen an. Der Länderfinanzausgleich ist im Falle Bremens auch der Ausgleich für diese erste Umverteilung, die zu unseren Ungunsten verläuft. Unser Föderalismus beruht aber auf der Grundidee, dass die BürgerInnen überall in Deutschland – ob in Stuttgart, Dresden oder Bremen – gleichwertige Lebensumstände und Chancen haben. Dieser Grundgedanke ist und bleibt richtig.

Wird die besondere Situation von Stadtstaaten beim Finanzausgleich und der Steuerverteilung derzeit ausreichend berücksichtigt?

Das Besondere an den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist ja, dass sie städtische Ballungsräume ohne „eigenes“ Umland sind. Sie bieten vielen Pendlerinnen und Pendlern Arbeitsplätze, die aber versteuern ihre Einkommen nicht in den Stadtstaaten. Die Städte bieten viele öffentliche Angebote, in der Regel staatlich subventioniert.

Sie geben also viel Geld aus für Menschen, die woanders ihre Steuern zahlen. Diese Lücke wird im Finanzausgleich zwar in der sogenannten „Einwohnerwertung“ berücksichtigt, aber nach unserer Meinung nicht ausreichend. Auch das hat zu der überdurchschnittlich hohen Verschuldung der Stadtstaaten geführt.

Welche Folgen hat die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung für Bremen bisher?

Ganz spannende Frage, die wir kürzlich dem Senat gestellt haben. Die Antwort war: Die Steuergesetzgebung des Bundes in den vergangenen fünf Jahren – die Senkung der Erbschaftssteuer, Geschenke an die Hoteliers, Entlastungen der Unternehmen usw. – wird das Land Bremen und seine

„Schwarz-Gelbe Steuerpolitik kostet Bremen 900 Millionen“

Hermann Kuhn

beiden Städte bis 2015 ca. 900 Millionen Euro Steuermindereinnahmen kosten! Mit diesem Aderlass muss Schluss sein. Auch deshalb brauchen wir den überfälligen Wechsel in Berlin.

Einige grüne Landesverbände haben ein Gutachten für ein Reformmodell in Auftrag gegeben, das Gutachten von Frau Behnke: An Stelle des Finanzausgleichs sollen die ca. 80 Milliarden Euro Umsatzsteuer-Einnahmen p.a. unter den Ländern aufgeteilt und dabei als Faktoren u.a. die Bevölkerungsdichte, Arbeitslosenzahl und Finanzkraft berücksichtigt werden. Ein vorstellbares Modell?

Vorstellen kann man sich immer viel. Wir sind von diesem Modell nicht überzeugt. Erstens werden nicht alle Steuer- und Finanzströme zwischen Bund und Ländern betrachtet, zweitens sind diese Kriterien außerordentlich anfällig für rein machtpolitische Setzungen und drittens: Was ist das Ziel dieses Modells: die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse oder das Auseinanderlaufen? Wir fürchten letzteres und das entspricht nach unserer Überzeugung nicht dem Verfassungsauftrag.

Welche Reformen fordern die Bremer Grünen in punkto Länderfinanzausgleich?

Wir brauchen eine Reform der Finanzverfassung, die alle Finanzströme und Umverteilungen in den Blick nimmt: also die primäre Steuerverteilung, aber auch die vielfältigen Subventionen, von denen Länder unterschiedlich profitieren. Dabei wird noch einmal deutlich werden, dass die Wahrnehmung allgemeiner Aufgaben, wie beispielsweise der Im- und Export über die bremischen Häfen, besser berücksichtigt werden muss.

Muss eine Altschulden-Regelung ein Reform-Eckpfeiler sein?

Unbedingt! Auch in der Eurokrise wird gegenwärtig nach Wegen gesucht, die Zinslast zu mindern, die sonst alles erdrückt. Gemeinsame Anleihen – also Eurobonds – sind eine Idee, ein Schuldentilgungsfonds eine andere, wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen. Es wäre ein Weg der Verlässlichkeit und der Stärkung gegenüber den Finanzmärkten, wenn die Tilgung der Altschulden zusammengeführt wird. Wenn Bremen bis 2020 die Schuldenbremse einhält, sind ja die gut 20 Milliarden Euro Schulden nicht weg und die Zinsen müssen gezahlt werden. Deswegen ist eine Altschuldenregelung für Bremen ab 2020 existenziell.



Hermann Kuhn, finanzpolitischer Sprecher der Grünen

Frischer Anstrich für Schulräume

Damit die Neustädter Grundschule an der Oderstraße nach den Sommerferien als Ganztagschule auch jahrgangsübergreifenden Unterricht durchführen kann, haben Abgeordnete und MitarbeiterInnen der Fraktion jüngst beim ‚Day of Caring‘ kräftig angepackt: Für die erforderliche Umstrukturierung der Räumlichkeiten mussten viele Tische, Stühle, Schränke und Regale transportiert werden. Auch der frische Anstrich von Wänden sowie das Aufräumen von Musikraum und Bastelpapier-Lager stand auf der Aufgabenliste.

Die Idee des ‚Day of Caring‘ stammt aus den USA und wird in Bremen von der Freiwilligen-Agentur umgesetzt. Beschäftigte eines Unternehmens bzw. einer Organisation werden für einen Tag freigestellt, um sich für einen guten Zweck zu engagieren. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen war in diesem Jahr erstmals dabei.

Vom Engagement profitieren die unterstützten Projekte, aber auch die Aktiven. „Die tatkräftige Teamarbeit schweißt uns zusammen. Wir wollen auch abseits der politischen Gestaltung etwas für die Gesellschaft leisten. Bremen tut das vielfältige Engagement von BürgerInnen gut. Wir wollen mit unserem Beispiel noch mehr Menschen davon überzeugen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen“, so Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner.



v.l.: Maike Schaefer, Marie Hoppe,
Linda Neddermann

Abschiebungshaft abschaffen

Obwohl sie sich keiner Straftat schuldig gemacht haben, können abgelehnte Asylsuchende bis zu 18 Monate in Abschiebungshaft genommen werden. Für die Betroffenen ist das eine extreme Härte: Aufgrund von Sprachschwierigkeiten begreifen sie oft nicht, warum sie weggesperrt werden. Die Verzweiflung über die täglich drohende Abschiebung, die Ungewissheit über ihre Zukunft, das perspektivlose Dahinfristen in der Haft ohne Beschäftigungsmöglichkeiten zermürben viele Häftlinge – mit teilweise gravierenden psychischen und körperlichen Folgen. Die Grünen wollen die Abschiebungshaft abschaffen. Dafür hat die Fraktion eine Initiative auf den Weg gebracht.

„Aus grüner Sicht muss der Abschiebeknast schnellstmöglich der Vergangenheit

angehören. Bis sich das Bundesrecht ändert, setzen wir in Bremen auf Haftvermeidung statt Isolierung. Es gibt mildere Mittel, als Menschen, die unter enormen Stress stehen, auch noch hinter Gitter zu bringen“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Der Antrag sieht vor, dass sich der Senat auf Bundesebene für die endgültige Abschaffung der Abschiebungshaft einsetzen soll. Zwischenzeitlich wollen die Grünen durch einen Erlass auf Landesebene die vorhandenen Handlungsspielräume zu Gunsten der Betroffenen genutzt wissen. Bei besonders schutzbedürftigen Personen soll stets von der Abschiebungshaft abgesehen werden. Dazu zählen Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit minderjährigen Kindern, traumatisierte und sonstige psychisch kranke Menschen sowie

Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Das soll auch dann gelten, wenn die Haft zu einer Trennung von Familien führen würde. Ehe die Ausländerbehörden die Abschiebungshaft beantragen, sollen sie zunächst Alternativen wie Meldepflichten oder eine Kautionsanordnung anordnen. Nicht zuletzt soll die erste Haftanordnung auf höchstens 14 Tage begrenzt werden.

„Flüchtlinge sitzen oft monatelang hinter Gittern, ohne etwas verbrochen zu haben. Das darf es in einem Rechtsstaat nicht geben. Menschen wird durch die Abschiebungshaft unnötiges Leid zugefügt. Die Abschaffung der Abschiebungshaft ist die konsequente Fortführung unserer humanen Flüchtlingspolitik“, erläutert die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.

Im Weg stehende Werbetafeln, brenzlige Situationen an Ampelkreuzungen mit grünem Pfeil, auf schmale Fußwege ausweichende RadfahrerInnen, umständliche Straßenquerungen, zugeparkte Bürgersteige, vor der Wand endende Gehwege – für FußgängerInnen liegt in Bremen noch manches im Argen. Für die Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplanes haben die Grünen deshalb einen umfangreichen Forderungskatalog beschlossen, der Verbesserungen für FußgängerInnen bringen soll. Das Ziel: mehr Sicherheit und Qualität für Fußläufige.

„Die Belange von FußgängerInnen werden in unserer Stadt bisher nicht immer angemessen berücksichtigt. Dabei befinden sich gerade unter ihnen viele schwächere und mobilitätseingeschränkte VerkehrsteilnehmerInnen: Kinder, ältere Menschen, RollstuhlfahrerInnen oder auch seh- und hörbehinderte Menschen. Ihren Bedürfnissen wollen wir mehr Gewicht verleihen, um ein gleichberechtigtes Miteinander der Verkehrsarten zu erreichen“, betont der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Alle VerkehrsteilnehmerInnen sind immer wieder auch FußgängerInnen – z.B. beim Einkaufsbummel oder bei der Freizeitgestaltung. Der Forderungskatalog der Grünen sieht eine Reihe an Vorschlägen vor, um FußgängerInnen das Leben zu erleichtern. So sollen zu schmale Rad- und Fußwege entzerrt werden - u.a., indem der Radverkehr verstärkt auf die Straße geführt wird und seine Bedingungen dort verbessert werden. Mehr Querungsmöglichkeiten auf Hauptverkehrsstraßen, die Erprobung des diagonalen Überquerens von Kreuzungen, längere Grünphasen und



die erleichterte Einrichtung von Spielstraßen gehören ebenso dazu. Zur Disposition steht auch der grüne Pfeil, der zu brenzligen Situationen führen kann. Etwa am Osterdeich, wenn AutofahrerInnen auf der Suche nach der Lücke in der Blechlawine übersehen, dass die Fußgängerampel längst auf grün umgesprungen ist. Zudem sollen Gehwege weitgehend von Werbetafeln und parkenden Fahrzeugen freigehalten werden, weil sie u.a. Eltern mit Kinderwagen und Rollatoren-nutzerInnen behindern. Die Grünen setzen sich ferner für die kontrastreiche Gestaltung, rutschfeste Beläge und die Gewährleistung des Winterdienstes zumindest auf wichtigen FußgängerInnenrouten ein.

Nicht zuletzt sollen auch die Fußgängerzonen ausgeweitet werden. „Das verbessert

die Aufenthaltsqualität in diesen Bereichen und kommt so auch den Geschäftsleuten zugute“, erläutert Ralph Saxe. Handlungsbedarf sieht in diesem Punkt auch der stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner. „Zum Bummeln einladende Fußwege sind ein Element erfolgreicher Einkaufszonen. Für eine übersichtlichere Gestaltung sollten auch die Parkgelegenheiten für Autos und Fahrräder gebündelt werden. Das würde an den Eingängen zur Fußgängerzone und am Wall den Blick darauf freigeben, was KonsumentInnen dort zu Fuß erreichen können“, so Carsten Werner.

•Das Positionspapier steht im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de zum Download bereit.

Inklusion zum Erfolg machen

Die Inklusion an Schulen, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf, ist das zentrale Bildungsvorhaben mit bundesweiter Strahlkraft. Eine neue Verordnung für unterstützende Pädagogik soll nun den Rahmen für den gemeinsamen Unterricht setzen. Der erste Entwurf wird noch einmal überarbeitet, wie es die Grünen bei einer Veranstaltung angekündigt hatten. Für Juli hat das Bildungsressort eine Anhörung von Eltern, Institutionen und Verbänden zugesagt. Ihre Anregungen sollen dann ausgewertet und eingearbeitet werden. „Wir wollen gemeinsam die

bestmögliche Lösung finden, um den weiteren Inklusionsprozess zu einem Erfolg zu machen“, unterstreicht die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Aus grüner Sicht sollte die neue Inklusionsverordnung u.a. verbindliche Qualitätsstandards für inklusive Schulen definieren sowie für Eltern und Schulen ihre Rechte und Aufgaben benennen. „Jedes Kind soll dort abgeholt werden, wo es im Moment steht. Der Unterricht soll sich an den Kindern orientieren, nicht umgekehrt. Das ist das Ziel inklusiver Beschulung“, unterstreicht Sülmez Dogan.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: M. Makosch, C. Kulmann

Fotos: Elisa Meyer, M. Makosch

Druck: Geffken & Köllner, Bremen